



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Aus dem großen Schmerz, den sie erfahren, keimte das stolze Bewußtsein einer stillen Erhabenheit empor, und ein Gefühl wehmütigen, entsagungsvollen Glückes meldete sich, das groß und rein aufstieg wie der keusche Mond, der alles mit seinem märchenhaften Glanz versöhnend übergliebt.

Die Mutter hatte bei ihrem Erscheinen in der Küche schon den Kaffee gekocht und freute sich über ihr gutes Aussehen.

„Denk nur“, fügte sie wichtig hinzu, „Heinrich Messerschmidt wird schon in vier Tagen hier sein, und zwar als Assessor! Der Herr Kalkulator hat es uns vorhin, ehe er nach dem Bureau ging, mitgeteilt.“

„Das ist schön“, sagte Minchen mit fester Stimme.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 6. August 1910.

Weltfrieden — Freies Christentum — Internationale Lage.

Das politische Leben steht gegenwärtig im Zeichen solcher Kongresse, deren Ziele in direktem Widerspruch stehen zu den greifbaren Zeichen der Zeit, die am politischen Horizont hier und da auflockern. „Weltfriedenskongreß“ heißt der eine, „Weltkongreß für freies Christentum und religiösen Fortschritt“ der andere. Wie viel Unfrieden haben schon die Friedensbestrebungen und wie viel Unfreiheit und Rückschritt die Fortschrittsaktionen bewirkt! Beide beruhen auf der falschen Vorstellung, als könne der Wärme erzeugende Kampf um ideelle und materielle Güter auf ein solches Maß zurückgeführt werden, daß er, ohne Leidenschaftlichkeit geführt keine Spitze mehr hervorbringt. „Freiheit und Gleichheit! hört man's schallen, — der ruh'ge Bürger greift zur Wehr!“ Bei den Friedensbestrebungen ist indessen dafür gesorgt, daß sie kein Unheil anrichten können. Weise Monarchen und kluge Staatsmänner haben dem Utopischen der Bewegung die Spitze abgebrochen, indem sie schon heute alle die die Beziehungen der Völker und Staaten regelnden Gesetze entsprechend den Forderungen einer hochentwickelten Kultur ausbauten. Nur in einem Punkte sind die Großmächte unmachgiebig geblieben: keine von ihnen denkt daran, sich von einer andern Vorschriften über den Umfang ihrer Rüstungen machen zu lassen und jede von ihnen ist bestrebt, diese Rüstung im richtigen Verhältnis zur Größe ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu halten. Was Wunder, wenn die Völker, die seit Jahrzehnten an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung marschieren, auch die größten Aufwendungen für ihre Heere und Flotten machen, — was Wunder, wenn Deutschland, das sich innerhalb vierzig Jahren durch die Tüchtigkeit seines gewerblichen Bürgertums von untergeordneter Stelle zu hohem Platz in der Welt emporgeschwungen hat, was Wunder, wenn es auch einer entsprechend großen Land- und Seemacht benötigt, um sich diesen Stand zu erhalten! Aber unter diesen Umständen dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn der Chor jener, die auch gern empor möchten, gerade Deutschland veranlassen wollen, seine Rüstungen herabzusetzen und dadurch den deutschen Handel wehrlos der feindlichen Schwäche auszuliefern.

Diese Zusammenhänge werden in unserer freisinnigen Presse verkannt, von der sozialistischen bewußt entstellt. Als kürzlich die „Post“ diese Gedanken in Erinnerung brachte, erhob sich bei den Sozialdemokraten ein Sturm, der von Demokraten und Freisinnigen eifrig weitergetragen wurde. Es hieß, gewisse Kreise wollten die Regierung zu kriegerischen Taten veranlassen, um die Aufmerksamkeit der Nation von den Schäden im Innern abzulenken. Solche Ideen werden von Blättern verbreitet, die sich zu Beschützern der Gewerbetreibenden und des internationalen Proletariats aufwerfen, angeblich um diese vor der Unbill der „junkertlichen“ und „kapitalistischen“ Politik zu bewahren! Demgegenüber kann darauf hingewiesen werden, daß in keinem Lande die Erwerbsstände und das Proletariat so voran gekommen sind wie in Deutschland, und daß kein Land so vielen „Ausländern“ Gelegenheit zum Erwerb und zu kultureller Weiterentwicklung gibt wie unser Reich. Man denke nur an die große Zahl von ausländischen Firmen, Angestellten und Arbeitern, die durch Deutschland leben. Es gibt keinen zweiten Staat, der jährlich fünfviertel Millionen ausländische Arbeiter beschäftigt, also etwa sechs Millionen Ausländer ernährt. Durch diese wirtschaftliche Erscheinung, die nur durch einen unglücklichen Krieg beseitigt werden könnte, wird dem internationalen Fortschritt, wird der allgemeinen Kultur und dem Weltfrieden viel mehr gedient als durch Kongresse, auf denen diese Tatsachen als nicht vorhanden ignoriert werden. Wir wären auch schon viel weiter mit der Beruhigung des internationalen politischen Lebens, wenn nicht gewissenlose Sazer, die den praktischen Aufgaben des Lebens verständnislos gegenüberstehen, immer wieder auf Deutschland als den Hort blutgierigen Ehrgeizes hinweisen. In Wirklichkeit ist Deutschland einem reichen Gabentisch vergleichbar, von dem jeder sich nehmen kann, der an der Beschaffung der Gaben mitwirkt, von dem wir aber jeden mit Waffengewalt verjagen, der, selbst unfähig etwas zu leisten, uns den Reichtum mißgönnt.

Nun dürfen wir in dem Auftreten der erwähnten Presse nicht allein berechnende Bosheit erkennen, sondern müssen in ihr auch den Spiegel derjenigen Kreise sehen, in denen sie gelesen wird und deren Anschauungen sie wiedergibt. Es ist natürlich, daß jede einmal zur Entfaltung gekommene Kraft sich selbst aus der eigenen Wirksamkeit heraus stärkt und daß sie sehr bald die Einrichtungen und Verhältnisse, die ihre Entwicklung allein möglich gemacht haben, als Hemmnisse und Schädiger empfindet. Fehlen dann besonnene Volksvertreter in der Politik, große Geister in der Wissenschaft und starke Persönlichkeiten am Staatssteuer, dann schießen allerorten Gedanken und Vorschläge auf, die darauf ausgehen, subjektiv als Hemmnis empfundene Einrichtungen zunächst zu beseitigen. Eine von der Hand in den Mund lebende Regierung unterstützt zunächst die Neuerer, da auch sie alle Kräfte möglichst ausgenutzt wissen will. Sie hat auch Erfolge, — Teilerfolge, und wendet ihre Kraft darauf, möglichst viele solcher Teilerfolge zu erreichen. Sie zersplittert sich und die Nation und muß in dem Augenblick kraftlos zurückweichen, wenn es gilt, alle Energie auf die Durchführung einer einzelnen großen Aktion zu vereinen. Diese Kraftlosigkeit hat gewöhnlich ihren Grund in dem Umstande, daß, während alle Welt in der Entfaltung der materiellen Kräfte tätig ist, die Ausbildung ideeller Kräfte vernachlässigt wird. Neben einem Hochstand der wirtschaftlichen Organisation entwickelt sich geistige Anarchie auf allen den Gebieten, wo die Geistesarbeit nicht dem Gelderwerb dient. Deutschland hat diesen Weg durchgemacht und ächzt eben unter den Folgen. Es hat der Wirtschaft mit allen Kräften gedient, aber darüber die Verbreiterung und Vertiefung der kulturellen Basis vernachlässigt. Die fachliche Ausbildung ist gewachsen, die allgemeine Bildung

ist nicht entsprechend gefördert. Wir haben ein Geschlecht von hervorragenden Spezialisten hervorgebracht, sind aber im allgemeinen nicht gebildeter geworden.

Die Nation empfindet dies Mißverhältnis und gibt ihrem Empfinden Ausdruck durch das vielfache, schwärmende Tasten und Suchen, dem wir auf Schritt und Tritt in allen Schichten begegnen. Eine der mächtigsten Regungen, die aus der Verworrenheit strebt, liegt der Bewegung für freies Christentum und religiösen Fortschritt zugrunde. Sie ist der Reflex jenes gewaltigen Sehns, das besonders die evangelische, aber auch einen kleinen Teil der katholischen Welt ergriffen hat. Sie ist der Reflex des Unbefriedigtseins, das übrig geblieben ist als Ergebnis der Arbeit um materielle Güter. In dieser Tatsache liegt die treibende, sich erneuernde und stetig wachsende Kraft der Bewegung. Aber darin liegt auch ihre politische Gefahr, die wir um so mehr beleuchten müssen, je sympatischer uns die Ziele des religiösen Fortschritts an sich sind.

Um es mit zwei Worten zu sagen liegen unsere Bedenken in folgendem: die sich gegen die Kirche richtende Bewegung kann praktisch zunächst nur der Religiosität schaden, weil sie alle die schwachen Ansätze zu zerstören sich anschickt, die sich bisher gegen die Papstkirche entwickelt und erhalten haben. Alle freireligiösen Bestrebungen vertreiben die Menschen zunächst aus der evangelischen Kirche und treiben die Massen in die römisch-katholische. Denn es gehört ein hohes Maß von Bildung dazu, um uns mit dem höchsten Wesen in Verbindung erhalten zu können, ohne eines Mittlers zu bedürfen; es gehört ein hohes Maß innerer Freiheit dazu, um die Verantwortung ständig bewußt allein tragen zu können, die uns die Zugehörigkeit zur Kirche Luthers auferlegt. Diese Kirche aber ist in ihrer Organisation so schwach geblieben, daß sie religionslose Menschen äußerlich nicht bei sich festhalten kann, während umkehrt in der Papstkirche jeder Atheist Unterkommen findet, der sich dazu versteht, gewissen rein äußerlichen Vorschriften nachzukommen. Wir mißbilligen darum den „Weltkongreß für freies Christentum“ aufs schärfste. Die auf ihm zur Verhandlung stehenden Fragen sind noch so unreif, daß sie, öffentlich behandelt, nur mehr Verwirrung als Segen stiften können. Die Fortschritte, die wir suchen müssen, liegen auf dem Gebiet der Schule. Wollten die Männer, die Zeit und Geld und Kraft für den „Weltkongreß“ opfern, solche lieber für eine praktische Reform des Unterrichtswesens in den Einzelstaaten Deutschlands einsetzen, so würden sie der Nation und der Menschheit reellere Mittel zur Ausübung wahrer Religiosität an die Hand geben, als mit den voraussichtlichen Ergebnissen dieses Weltkongresses, den die Herren Schrader, Raumann, Rade und Rohrbach zusammengerufen haben.

Wenden wir unsere Gedanken von den großen Menschheitsproblemen der nüchternen Wirklichkeit in der Politik zu, so fesseln uns vor allen Dingen die Vorgänge in den beiden großen Parteien, im Zentrum und bei den Nationalliberalen. Über die Vorgänge innerhalb der Zentrumspartei lassen wir einen Katholiken berichten. Bei den Nationalliberalen stellen wir mit Genugtuung eine beginnende Beruhigung fest. Die Gegensätze zwischen dem rechten und linken Flügel, die übrigens nicht in der Sache, sondern ausschließlich im Temperament begründet liegen, haben sich, seit es feststeht, daß Bassermann der Partei erhalten bleibt, wieder völlig verwischt, so daß die Partei wieder als eine machtvolle Organisation auf den Plan treten kann. Immerhin sollte die Parteileitung aus den nun überwundenen Unstimmigkeiten ersehen, daß sie etwas in der Organisation der Partei nachzuholen hat. Wir meinen, es ist eine gefährliche Situation, nicht nur für eine Partei, sondern für die innere Politik überhaupt, wenn der Bestand der größten nationalen Partei sozusagen auf zwei Augen beruht. Bassermanns Verdienste um das Vaterland werden nicht geschmälert, wenn wir das hervorheben.

Sache der Parteileitung muß es sein, mehrere allgemeines Vertrauen genießende Männer für die Partei heranzubilden, die im Falle der Not für den bewährten Führer einspringen können.

In der internationalen Politik herrscht im allgemeinen Ruhe. Die Vorgänge in Spanien sind noch nicht bis zu dem Stadium entwickelt, wo Interessen der übrigen Staaten praktisch berührt werden. Dem spanischen Volke können wir nur wünschen, daß ihm ein zweiter Cavour erfindet, der es von der klerikalen Mißwirtschaft befreite. — In der Türkei vollzieht sich langsam aber stetig eine innere Konsolidierung. Die Kämpfe haben den Jungtürken auch neue Gesichtspunkte für die Beurteilung anderer Staaten beigebracht. Darum sehen wir ein wachsendes Mißtrauen gegen die englische Politik, größere Zuneigung zu Frankreich und vertrauensvolles Verstehen deutschen Wesens. — Die Liberiafrage ist ungebührlich aufgebauft worden; es stehen dort nicht größere Interessen auf dem Spiel, wie in andern ähnlich gearteten Staatengebilden. Wenn Kaufmann und Diplomat in dieser Angelegenheit vertrauensvoll und ruhig miteinander Hand in Hand gehn, dann dürfte auch die Entwicklung einer unangenehmen Konkurrenz hintan gehalten werden.

**Der Zwist im Zentrumslager.** Durch die Veröffentlichung der Schrift „Köln, eine innere Gefahr für den Katholizismus“ hat sich vor kurzem der in Stolzheim lebende Kaplan Schopen zum Sprecher jenes Teils der Zentrumsanhänger gemacht, denen die Partei nicht ausgesprochen genug katholisch ist.

Der Widerstreit zwischen den zwei Richtungen im Zentrum, der einen, welche in der Partei klipp und klar die politische Vertretung des Katholizismus sieht, und sie als eine „katholische Organisation“ der geistlichen Vormundschaft unterstellen möchte, und der anderen, welche sie als eine rein politische interkonfessionelle Partei angesehen wissen will (ohne im übrigen hiermit ernst zu machen und ohne aufzuhören, in erster Linie den katholischen Interessen zu dienen), ist so alt wie die Partei selber. Ebenso alt ist auch das Streben der Zentrumsparthei, diesen Gegensatz, den man vielleicht am besten mit „die rein-klerikale, die politische Führung“ bezeichnen könnte, nach außen hin möglichst zu vertuschen, um dem Zentrum seine Geschlossenheit zu erhalten.

In den letzten Jahren, insbesondere seit Herr Julius Bachem den viel genannten Artikel „Wir müssen aus dem Turm heraus“ veröffentlicht und damit über die Frage, wie die politische Betätigung der Katholiken und des Zentrums sich zu gestalten habe, eine gewisse Scheidung der Geister herbeigeführt hat, ist diese Vertuschung der Gegensätze immer weniger gelungen. Voriges Jahr brachten dann die Abgeordneten Koeren und Bitter den Stein ins Rollen und machten den Gegensatz zwischen der Koerenschen und der „Kölner“ (Bachemischen) Richtung allem Volke offenkundig. Die Zentrumsleitung, welche im allgemeinen auf Bachemischen Standpunkt steht, versuchte bekanntlich im Herbst, durch eine offizielle „Erklärung“ über den Charakter des Zentrums, welcher auch der Abgeordnete Koeren durch Mitunterzeichnung äußerlich beitrug, den Frieden zu vermitteln. Umsonst! Das Feuer glimmte unter der Asche weiter und die jetzige Veröffentlichung des Kaplans Schopen zeigt, daß die Anhänger der intransigenten Richtung gar nicht daran denken, sich zu fügen, auch selbst nicht äußerlich den Gegensatz vertuschen wollen, wie dies die Leitung der Partei auch jetzt noch am liebsten sähe.

Der Streit hat sich vielmehr erweitert, der Streitpunkte sind mehr geworden und den Herren Koeren, Bitter und Schopen ist in Dr. C. W. Kaufmann in Köln, dem Herausgeber der „Apologetischen Rundschau“, und seinen Mitarbeitern

eine kräftige Hilfe erstanden. Die Gesamtheit des katholischen Lebens\*) ist von diesen Herren in den Streit hineingezogen worden und die Preßfehde zwischen ihnen und der „Kölnischen Volkszeitung“, als der Vertreterin der „Bachem'schen Richtung“, wird mit so großer Erbitterung und Hartnäckigkeit geführt, daß ein Durchfechten des Kampfes und eine Stellungnahme der Zentrumsleitung in dieser Frage unvermeidlich erscheint. Schon dies läßt die ganze Frage zu einer solchen werden, die das Allgemeininteresse in Anspruch zu nehmen verdient. Denn Führung und Ausgang des Streites sind nicht nur für die Katholiken, sondern für unser gesamtes öffentliches Leben von großer Wichtigkeit.

Zur Orientierung der Leser seien die Gegensätze, wie sie Herr Schopen in seiner Schrift zusammenfaßt, hier angeführt. Er präzisiert sie folgendermaßen:

1. Bachem sagt: „Der Weltanschauungscharakter und die Interessensvertretung des katholischen Volksteiles müssen aufgegeben werden, um die Zentrumsparlei als wirtschaftliche Sammelparlei der Zukunft zu erhalten.“

Koeren dagegen sagt: „Die wirtschaftliche und organisatorische Kraft des katholischen Volkes muß aufgeboten werden, um der Partei in der kommenden Auflösungsperiode\*\*) den festen Rückhalt in der Wählerschaft und damit den Bestand zu sichern, und um im äußersten Notfall für die Initiative der neu sich gestaltenden Verhältnisse gerüstet zu sein. . . .“

2. Bachem stellt den Grundsatz auf: „Die nationale Einheit des konfessionell zersplitterten deutschen Volkes fordert katholischerseits den weitgehendsten Zusammenschluß in überkonfessioneller, nationaler Kulturgemeinschaft, und im Zurückdrängen aller auf konfessionelle Beeinflussung hinstrebenden Elemente muß das katholische Deutschland die Sicherung seiner Zukunft suchen durch völliges Eintauchen in die Gesamtkultur des übrigen Deutschland.“

Koeren entgegnet: „Der nationalen Zukunft Deutschlands sind wir die Wehrung und Stärkung eines ungetrübten katholischen Volkstums schuldig, dessen unser Vaterland in ernster Stunde bedürfen wird. Die Schäden der von der Reformation verursachten Zersplitterung können nur durch strenge Durchführung der verfassungsmäßigen Parität, niemals aber durch Preisgabe des dem Vaterlande notwendigen katholischen Volkstums verhindert werden. . . .“

3. Für die Richtung Koeren ist das kirchliche Problem der Schwerpunkt ihrer Gedankengänge. Für die Richtung Bachem ist es die Achillesverse. Die Richtung Koeren hat eines nicht verloren, was die ätzende Säure der scheinbar so machtvollen Zeitumgebung im Herzen der Bachem'schen Richtung zerstörte: das katholische Selbstbewußtsein, das nicht in der Außenwelt Heilung und Erneuerung für den Katholizismus sucht, sondern im Katholizismus das einzig tragkräftige Prinzip für eine gesunde Weltkultur erkennt.

Bezüglich der hier wiedergegebenen Ansichten der Koeren'schen Richtung kann man diese Ausführungen der Schopen'schen Broschüre mit vollem Recht als zutreffend ansehen. Denn der Geh. Justizrat Koeren hat sich in den verschiedenen Veröffentlichungen, welche er in der Angelegenheit der Schopen'schen Broschüre der „Kölnischen

\*) Es wird allgemein über die auf katholischer Seite bestehende Verworrenheit in religiösen Dingen, über die Ausbreitung des Interkonfessionalismus in Literatur und Praxis gesprochen; der Begriff christliche Weltanschauung wird verworfen, als „Religionismengeret“ bezeichnet usw., siehe „Apologetische Rundschau“ 1910, Heft 9 und 10.

\*\*) Es bezieht sich dies auf eine Annahme des Herrn Schopen, wonach unsere jetzigen parlamentarischen Parteien, die er als „Weltanschauungsparteien“ bezeichnet, auf dem Wege seien, sich nach rein wirtschaftlichen Grundsätzen umzuformen und demgemäß durch einen Auflösungsprozeß hindurchzugehen haben würden.

Volkzeitung" zugehen ließ, immer nur gegen die Annahme seiner Mitautorschaft an der fraglichen Broschüre verwahrt und immer nur davon gesprochen, daß er von der Herausgabe der ersten, grundlegenden Fassung dieser Broschüre abgeraten habe. An keiner Stelle aber wendet er sich gegen die in dieser Broschüre vertretenen Grundsätze. Im Gegenteil, in seiner letzten Kundgebung, abgedruckt in Nr. 523 der „Kölnischen Volkzeitung“, heißt es: „Nach meiner Überzeugung verdient die Schrift trotz einiger Übertreibungen wegen der durchaus zutreffenden grundsätzlichen Darlegung des Streites die weiteste Verbreitung und ist wohl geeignet, diejenigen, die sich ernstlich ein objektives Urteil bilden wollen, zu orientieren.“ Mit diesen Worten tritt Herr Roeren nicht nur für die Schopenherschen Anschauungen ein, sondern erklärt auch dessen Beurteilung der gegnerischen, der Bachemischen, für im allgemeinen zutreffend. Mit welchem Recht, sei später erörtert.

Die Schopenhersche Argumentation ist nun folgende:

1. Die katholische Kirche ist die einzig wahre, sie ist die Kirche, nicht eine unter verschiedenen gleichberechtigten. Sie allein hat eine innere Existenzberechtigung, sie allein ist befähigt, alle Schäden der Welt zu heilen. Dieser Glaube ist die Grundlage der katholischen Weltanschauung.

2. Auf dieser Grundlage baut sich naturgemäß der Anspruch der Alleinberechtigung des katholischen Prinzips auch für das öffentliche Leben auf, denn nur vom Katholizismus ist in der Stunde der Not Heil für das Vaterland zu erwarten. „Für die Gegenwart“, heißt es freilich, „gibt es zur nationalen Einigung der konfessionell getrennten Volkshälften kein anderes Mittel als die strengste Parität, zu deren Wahrung im neuen Deutschen Reiche das Zentrum von den Katholiken einst als Verfassungspartei gegründet wurde.“

3. Die Roeren-Schopenhersche Richtung sieht im Zentrum die Konzentration und Verkörperung der katholischen Weltanschauung. „Die Zukunft der katholischen Kirche in Deutschland ist der eigentliche Ausgangspunkt ihrer Ideen. Ihr ist die Partei parlamentarische Verwirklichung einer Weltanschauung, und darin liegt ihr Wesen. Wie wird dieser Weltanschauung die kraftvolle Stütze gewahrt?“ Man sieht, hier wird das Zentrum ausschließlich für den Dienst der katholischen Weltanschauung beansprucht.

4. Das katholische Prinzip ist das der kirchlichen Autorität. Alle Betätigung im öffentlichen Leben, jede Laienorganisation muß, je nach dem Gebiet ihrer Wirksamkeit, direkt oder indirekt dem Hirtenamt der unfehlbaren Wächterin des Offenbarungsschatzes zustehen. „Die letzten Grundlagen aller menschlichen Betätigung sind religiös-sittlicher Natur. Daher hat die Kirche ein Recht auf die indirekte Leitung auch der außerreligiösen Lebensäußerungen.“ Demgemäß auch auf die direkte oder indirekte Leitung alles dessen, was das Zentrum unternimmt.

5. Trotz dieses Standpunktes nennt auch Kaplan Schopen das Zentrum eine politische und keine konfessionelle Partei!!

Diesen ganzen Schopenherschen Gedankenaufbau und seinen aus ihm sich ergebenden Standpunkt wird man, so sehr er auch zunächst durch theoretische Logik besticht, dennoch auf das bestimmteste ablehnen müssen.

Schon der erste Satz von der Alleinrichtigkeit der katholischen Glaubens- und Sittenlehre wird nur von den Katholiken anerkannt. Er kann also in einem Staate, in welchem Bürger verschiedener religiöser Bekenntnisse leben — und das sind heutzutage alle europäischen Staaten —, gerechterweise nicht offizielle Anerkennung finden. Der Staat muß sich vielmehr unabhängig von allen religiösen Bekenntnissen halten. Er kann sich höchstens als christlicher proklamieren, aber nicht als evangelischer oder katholischer.

Es folgt daraus, daß auch diejenigen Staatsbürger, welche sich politisch betätigen wollen, insoweit sie den Anspruch erheben, staatserkhaltende Politik zu treiben, mit dieser im öffentlichen Leben notwendig gegebenen Sachlage rechnen müssen. Auch die Katholiken können nicht beanspruchen, daß hier der Satz von der allein richtigen katholischen Weltanschauung Geltung habe. Mögen sie auch persönlich von dessen Richtigkeit überzeugt sein, sie können ihn doch nicht zur Grundlage ihrer politischen Arbeit machen.

Nun sagt Herr Schopen freilich, für die Gegenwart (d. h. nämlich solange die katholische Weltanschauung noch nicht genügend Oberwasser bekommen habe, um sich als allein richtig durchzusetzen) sei strengste Parität das einzige Mittel zur nationalen Einigung der konfessionell getrennten Volkshälften. Daß dies letztere der Fall ist, muß zugegeben werden. Aber man darf die Parität nicht, wie Kaplan Schopen sie versteht und befürwortet, als vorübergehendes Friedensmittel betrachten, nicht als Hilfsmittel, um die katholische Minorität zu schützen, bis es dieser gelungen sei, die Majorität zu erlangen, sondern man muß sie, ohne Hintergedanken, offen und ehrlich anstreben. Sonst ist das, was man erstrebt, überhaupt keine Parität, sondern nur eine Ausnutzung der vorhandenen Paritätsgesetze. Wie Herr Schopen seine Parität auffaßt, geht schon daraus hervor, daß er schreibt, zur Wahrung derselben sei das Zentrum von den Katholiken als Verfassungspartei gegründet worden, dasselbe Zentrum, das er als Vertreter der katholischen Weltanschauung reklamiert und als katholische Organisation unter die Leitung des kirchlichen Hirtenamts gestellt sehen will.

Was nun diesen letzten Punkt betrifft, nämlich den Anspruch der direkten oder indirekten Leitung aller, auch der außerreligiösen Lebensäußerungen durch die katholische Kirche, so ist sich Kaplan Schopen vielleicht selbst nicht klar, welche grandiose Forderung er damit aufstellt, und welche unglaublichen Ungereimtheiten die Folge einer Durchführung seines Prinzips sein würden. Vielleicht meint er auch etwas anderes, als er sagt. Er meint vielleicht nur, daß bei einem Katholiken, der seinem Glauben entsprechend lebt, alle Handlungen, insoweit sie nicht absolut gleichgültiger Natur seien, da sie nicht im Widerspruch zu seinem Glauben stehen dürfen, dieser aber wieder in seinen wesentlichen Punkten durch die Kirche festgelegt sei, naturgemäß unter dem Einfluß des kirchlichen Glaubens stehen müssen. Gesagt hat er aber, die Kirche sei berechtigt, alle Betätigungen des öffentlichen Lebens entweder durch ihre Organe direkt leiten zu lassen oder durch Beeinflussung der an leitender Stelle befindlichen Laien indirekt zu führen. Mit einem Wort: Unterordnung jeder öffentlichen Tätigkeit der Katholiken unter die Organe der Kirche, d. h. Durchführung der klerikalen Herrschaft bis in ihr letztes Extrem. Die Schäden, die nicht nur für den deutschen Katholizismus, sondern auch für unser gesamtes Volksleben hierdurch entstehen würden, sind gar nicht auszudenken.

Bekanntlich hat gelegentlich der Äußerung des Kardinals Vanutelli über die gehorsame Anhänglichkeit der Katholiken an den Papst das „Anatenus religionem attingit“ eine große Rolle gespielt, und es ist noch kürzlich in verschiedenen Zentrumsäußerungen auf die Wichtigkeit dieser Einschränkung hingewiesen worden.

Kaplan Schopen und seine Hinterleute möchten so ziemlich alles in das Gebiet der Kirche gehörig für den Gehorsam reklamieren, die Bachemische Richtung und mit ihr die Zentrumsleitung denkt darüber wesentlich anders. Diese Frage, was als ein die Religion berührender Gegenstand zu betrachten ist, was nicht, mit anderen Worten die Ansichten über die Begrenzung des Einflusses der kirchlichen Organe, bildet den Kernpunkt des Gegensatzes zwischen den beiden Richtungen im Zentrumslager. Alle übrigen in der Schopen'schen Broschüre erhobenen

„Anklagen“ sind teils ganz aus der Luft gegriffen, teils unglaublich aufgebauscht, und zerfallen bei näherer Betrachtung in sich selbst. So liegt es der „Kölner Richtung“ völlig fern, die Vertretung der Interessen des katholischen Volksteils durch das Zentrum vernachlässigen zu wollen. Man braucht doch nur die Tätigkeit dieser Partei zu verfolgen, um sich des Gegenteils bewußt zu werden. Das Aushängeschild der Interkonfessionalität brauchte wirklich die konfessionellen Eiferer nicht zu stören. Ebenso wenig denkt sie daran, die katholische Weltanschauung beiseite schieben zu wollen, um durch Eintauchen in die Gesamtkultur des übrigen Deutschlands sie sozusagen allmählich verschwinden zu lassen. Sie ist nur der Ansicht, daß auch die katholischste Weltanschauung nicht umhin kann, die Dinge zu nehmen, wie sie sind, und nicht in dem Instande ist, das ihr nicht Zufagende einfach zu ignorieren. Wie weit sie aber von einem Eintauchen in die Gesamtkultur des übrigen Deutschlands entfernt ist, die dazu führen könnte, die katholische Weltanschauung allmählich verschwinden zu lassen, das zeigen doch mit nicht zu verkennender Deutlichkeit die auch von dieser Seite gutgeheißenen Bestrebungen zur Absperrung der Katholiken in konfessionellen Vereinigungen zu nichtreligiösen Zwecken.

Endlich ist es geradezu lächerlich, ihr vorzuwerfen, sie habe das katholische Selbstbewußtsein verloren und sähe in der Außenwelt Heilung und Erneuerung für den Katholizismus.

Gerade dadurch, daß die Schopen'sche Schrift bei der Kölner Richtung derartige Dinge wittert und sie ihr nachsagt, zeigt sie, daß sie nicht auf gesundem Boden steht, sondern sich in einer krankhaften Überspannung der Begriffe bewegt.

Wie sehr selbst Äußerungen des konfessionellen Fanatismus, wenn sie in die Öffentlichkeit bringen, geeignet sind, die Zentrumsparlei zu schädigen, darüber sind sich auch die führenden Blätter der Zentrumsparlei klar. Daher ihr Zorn gegen diejenigen, welche den Streit in die Öffentlichkeit getragen haben und ihn nicht ruhen lassen. So schreibt die „Kölnische Volkszeitung“ am 10. Juli d. J.: „Die Sache muß daher ausgetragen werden, und zwar nicht nur in der Zentrums-presse, wo dies nun so ziemlich und zwar in der Hauptsache einmütig geschehen ist, sondern auch innerhalb der Zentrumsfraktionen, die es sich nicht gefallen lassen können, daß gegen die wesentlich unter ihrer Mitwirkung beschlossene authentische Erklärung vom November vorigen Jahres noch immer verstoßen wird. Diese Erklärung muß als ein Rocher de bronze stabilisiert werden, denn es wird nicht eher Ruhe werden, als bis unantastbar feststeht: zum Zentrum gehört nur, wer die in dieser Erklärung stabilisierte prinzipielle Grundlage desselben als politische, nichtkonfessionelle Partei anerkennt; wer sie aber in Frage stellt, der stellt sich damit selbst außerhalb der Zentrumsparlei.“

Als Rocher de bronze kann nun freilich diese November-Erklärung nicht gelten, da sie ein so gewundenes und in sich widerspruchsvolles Machwerk ist. Sie stellt im Eingang die Zentrumsparlei als interkonfessionelle, politische Partei hin, nennt sie dann weiter eine Partei der Katholiken und gelangt am Schluß dazu, in ihr die Verfechterin der katholischen Interessen zu sehen! Auch bestimmt sie gar nicht klar, was unter politischer, nichtkonfessioneller Partei zu verstehen sei.

Wie sehr dieser Begriff aber schwankt, das geht daraus hervor, daß selbst die Noeren, Schopen und Bitter, trotz ihrer ausgesprochen konfessionellen Forderungen, glauben, die Fiktion vom interkonfessionellen Zentrum aufrecht erhalten zu können. Sie meinen damit natürlich nur, daß die Partei gern bereit ist, auch Andersgläubige in ihre Reihen aufzunehmen, wenn diese sich dem auf Förderung der katholisch-kirchlichen Interessen und auf Durchsetzung der katholischen Welt-

anschauung gerüsteten Zentrumsprogramm anschließen. Das ist dann freilich eine eigentümliche Sorte von Interkonfessionalität.

Meint die „Kölnische Volkszeitung“ aber eine wirkliche Interkonfessionalität, ist sie sich dann wohl klar der Konsequenzen ihrer Forderung? Würde mit einer solchen ernst gemacht, so müßten zunächst ausscheiden die Abgeordneten Bitter und Koeren. Denn daß der Standpunkt des ersteren einem wirklichen Interkonfessionalismus der Partei widerspricht, ist klar, und ebenso steht nach den neuesten Veröffentlichungen fest, daß der letztere sich rein äußerlich der Entscheidung der Zentrumsleitung gefügt hat, es ihm jedenfalls nicht in den Sinn gekommen ist, einer wirklichen Interkonfessionalität zuzustimmen. Es müßten ausscheiden so manche weitere Abgeordnete, die in ihrem Inneren mit der „Kölnner Richtung“ nicht einverstanden sind. Es „stellten sich selbst außerhalb des Zentrums“ alle die katholischen Geistlichen, die das Zentrum nur deshalb unterstützen, weil es die katholische Partei ist, und weil sie es für dessen Aufgabe halten, die katholische Weltanschauung im öffentlichen Leben zur Geltung zu bringen und die Interessen der katholischen Kirche zu vertreten. Und die ganze große Masse der von diesen Geistlichen geleiteten Zentrumswähler, die für das Zentrum aus religiösem Pflichtgefühl eintreten zu müssen glauben, sie würde für das Zentrum in Wegfall kommen. Denn sie alle wollen von Interkonfessionalität im Grunde des Herzens nichts wissen. Wenn sie nicht lauter dagegen auftreten, sich nicht rückhaltlos dem Vorgehen der auf Koeren-Schopenschem Standpunkt Stehenden anschließen, so liegt dies nur daran, daß sie unter allen Umständen die Geschlossenheit der Partei erhalten wollen und durch ihre Tätigkeit innerhalb der Partei die auf das Interkonfessionelle hinzzielenden Regungen am besten bekämpfen zu können glauben.

Um sich klar zu werden, wie wenig im allgemeinen der interkonfessionelle Gedanke bei den Zentrumswählern beliebt ist, dazu braucht man bloß daran zurückzudenken, welche große Mühe es gekostet hat, ihn innerhalb der Windhorstbunde durchzusetzen. Wie sehr haben diese sich gestraubt, ihren spezifisch und ausschließlich katholischen Charakter auf Wunsch der Zentrumsleitung wenigstens nicht mehr prinzipiell aufrecht zu erhalten. Und da handelte es sich doch um junge Leute von Bildung, denen mit politisch-taktischen Gesichtspunkten beizukommen war. Verfangen solche aber auch in der großen Masse des Volkes? Sicherlich nicht. Mit der Parole: „Es gilt unseren katholischen Glauben, es gilt das Heil der Kirche“ kann man das gläubige katholische Landvolk selbst jetzt noch dahin bringen, daß es heute einem Sozialdemokraten seine Stimme gibt und morgen einem weit rechts stehenden Magnaten. Für ein sogenanntes interkonfessionelles Zentrum aber läßt es sich nicht erwärmen. Das ist höchstens in Arbeiterkreisen, und wo sonst noch eine solche interkonfessionelle Politik wirtschaftliche Vorteile zu bringen geeignet ist, ausführbar.

Darum wird dieser von der „Kölnischen Volkszeitung“ so stolz angefangene Kampf vielleicht auslaufen wie das Hornberger Schießen, denn auf eine reinliche Scheidung der Geister innerhalb des Zentrums über die Frage des Interkonfessionalismus wird weder die „Kölnische Volkszeitung“ hinarbeiten wollen, noch ist der Zentrumsleitung an einer solchen gelegen. Beide wissen zu gut, daß dies mit dem Zerfall der Partei gleichbedeutend sein würde.

Eine andere Frage ist, ob nicht von der Gegenseite, der Koeren-Schopenschem, der Kampf, weniger über die Frage des Interkonfessionalismus als über die der geistlichen Leitung, in einer Weise fortgeführt wird, die ein wirkliches Austragen des Streites zur Notwendigkeit macht. Das in der Juli-Nummer der „Apolo-

getischen Rundschau seitens des Dr. Kaufmann veröffentlichte „Wort an die „Kölnische Volkszeitung“ deutet darauf hin.

Jedenfalls steht so viel fest, daß eine starke Gruppe innerhalb des Zentrums, und zwar eine Gruppe, die unter den Wählern viel Anhang hat, dauernd argwöhnisch darüber wacht, daß die exklusiv katholischen Ziele der Partei nicht aus den Augen gelassen werden. Mag es jetzt zum offenen Kampfe kommen oder der Riß noch einmal verkleistert werden, indem es gelingt, diese konfessionellen Heißsporne durch taktische Gründe dahin zu bringen, daß sie sich äußerlich Mäßigung auferlegen: ihr Einfluß bleibt fortbestehen und wirkt unter der Decke weiter.

Über kurz oder lang muß es zur Entscheidung kommen. Diese Heißsporn-elemente müssen klar und endgültig abgeschüttelt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß die Partei die Hälfte ihres Bestandes einbüßt. Gelingt ihr dies nicht, so ist sie als politisches Gebilde nicht mehr existenzberechtigt. v. P.

**Klausenburg oder Kolozsvár?** Im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ wird zurzeit wieder einmal die Magyarisierung der deutschen Städtenamen Ungarns erörtert. Neu ist die leidige Frage ja nicht. Aber den national Gesinnten interessiert sie doch immer wieder. Ein Angestellter des Pariser Buchhändlers und Antiquars S. Welter hat auf Grund der „Minerva“ eine Postsendung an das Antiken- und Münzkabinett des Siebenbürgischen Museums zu Klausenburg adressiert und zwar „ganz entgegen der eigenen Gepflogenheit“ des Herrn Welter. Die Sendung kam zurück mit folgenden zwei Stempeln: Vissza! Retour! On n'accepte que les lettres adressées à Kolozsvár (Hongrie). — Pourquoi voulez-vous germaniser la Hongrie? Croyez-vous qu'il n'y a pas assez de Prussiens? Herr Welter zieht daraus die Folgerung: „Die Minerva täte gut, durch vollständige Unterdrückung der administrativ nicht gebrauchten und nicht zulässigen (!) deutschen Namen ungarischer Städte nur noch die ungarischen den Benutzern in die Feder zu leiten.“ Das „Unrecht (!), dem Nationalitätenstolz der Ungarn keine Rechnung zu tragen“, könne „üble Folgen und Kundenverlust zur Folge (!) haben“. — Es ist erfreulich, daß von den Buchhändlern, die zu dieser Anregung das Wort genommen haben, kein einziger dies „Guttun“ befürwortet hat. Der Verleger der „Minerva“ selbst, Trübner in Straßburg, erwidert: „Die Minerva ist ein deutsches Buch, und so sind durchgängig, soweit möglich, die deutschen Bezeichnungen in das Hauptalphabet gesetzt... Wird die von Herrn Welter gewünschte Änderung vorgenommen, so muß sie auch konsequent durch das ganze Buch für alle Länder durchgeführt werden; also es müßte heißen: Kjobenhavn statt Kopenhagen, Malines statt Mecheln, Bucuresti statt Bukarest, Firenze statt Florenz usw. Ob aber eine so durchgreifende Änderung angängig ist, muß ich erst näher überlegen.“ Entschiedener äußert sich W. Blumtritt in Dachau bei München, der meint, die weise „Minerva“ würde aus verschiedenen Gründen sehr unweise handeln, wollte sie die deutschen Namen zurücksetzen. „Was nun die ‚vollständige Unterdrückung‘ der deutschen Städtenamen in Ungarn betrifft, so fällt es uns gar nicht ein, bei der gewaltsamen Magyarisierung eines Landes (Siebenbürgens), das kaum zu einem Drittel von Magyaren bewohnt wird, mitzuwirken. Wenn Herr Welter den ‚Nationalitätenstolz der Ungarn‘ einmal in Ungarn am eigenen Leibe erleben würde, würde er begreifen, daß wir lieber dem furchtbaren Gedanken eines möglichen ‚Kundenverlustes‘ furchtlos ins Auge sehen, als um dreißig Silberlinge unsere deutschen Namen aufgeben.“ Scharf und klar setzt S. F. Lehmann in München auseinander, daß es aus nationalen Gründen Ehren-

pflicht sei und daß es aus wirtschaftlichen der Selbsterhaltungstrieb verlange, „den deutschen Brüdern, die an den Grenzmarken die Außenwerke des deutschen Volkstums treu bewachen, auch unsererseits Treue zu halten und sie, wenn auch nur moralisch, in ihrem Kampfe kräftig zu unterstützen“. Die Engländer würden durch die Schreibweise „Londres“ auch nicht beleidigt; nur die Magyaren verlangten, daß man den Städten nicht die Namen lasse, die ihnen das Volk gab, das sie gegründet hat und heute noch bewohnt, um vor dem Auslande den Anschein zu erwecken, als ob alle Städte Ungarns magyarisch seien, während doch die Magyaren nur 45,5 Prozent der Bevölkerung Ungarns bilden. „Nachdem Ofen-Pest, eine Stadt, die früher so kerndeutsch war, daß ihr Stadtrecht besagte, daß nur solche Männer in den Stadtrat wählbar seien, die von dreien ihrer Ahnen väterlicher- und mütterlicherseits zur deutschen Nation gehörten, in ihrer Mehrheit magyarisiert ist, sollen nun die alten deutschen Städte Siebenbürgens, sowie das Banat an die Reihe kommen, und da man allein nicht fähig ist, den Sachsen- und Schwabenstolz zu brechen, so sucht man den deutschen Buchhandel mobil zu machen und diesen zu veranlassen, die Städtenamen zu magyarisieren. Ist erst der Städtenamen magyarisiert, so wird es die Stadt auch.“ Und dann ist auch der Absatz an deutschen Büchern gleich Null, während jetzt „die kulturell außerordentlich hochstehenden deutschen Städte Siebenbürgens mit ihrem deutschen Hinterland ein ganz vorzügliches Absatzgebiet für den deutschen Verlagsbuchhandel sind“. Die richtige Antwort auf die gröbliche Beschimpfung der deutschen Nation „hat nicht in einer schwächlichen Verbeugung vor dem Chauvinismus der Magyaren, sondern in einer kräftigen Zurückweisung zu bestehen“. Ähnlich spricht sich Ernst Hofmann in Berlin aus. Zur postalischen Seite der Sache bemerkt Lehmann: „Tatsächlich hat sich Ungarn denselben internationalen Bestimmungen zu fügen wie alle anderen Kulturnationen, und wenn — was leider ab und zu vorkommt — sich magyarische Postbeamte über diese Bestimmungen hinwegsetzen und Briefe mit deutschen Aufschriften als unbestellbar zurücksenden, so hat der deutsche Absender weiter nichts zu tun, als seiner heimischen obersten Postbehörde das Schriftstück zu senden mit der Bitte, das Weitere zu veranlassen. Man erhält dann nach acht Tagen jeweils die Nachricht, der betreffende magyarische Beamte habe den gebührenden Verweis für sein vorschriftswidriges Vorgehen erhalten, und die unbestellbaren Schriftstücke seien dem Empfänger sofort zugestellt worden.“ — Endlich bringt M. Lämmershirt in Berlin noch ein älteres Beispiel bei. Im Jahre 1904 ist ein an die Königlich Ungarische Franz-Joseph-Universität, Klausenburg, Ungarn adressierter Katalog zurückgekommen mit dem Vermerk: „Es gibt kein Klausenburg in Ungarn. Der offizielle und historische Name ist Kolozsvár. Bitte nach Kolozsvár Ungarn zu adressieren. Rektorat der Universität Kolozsvár.“ L. bemerkt dazu: „Ja, so behandelt ein Vertreter der Wissenschaft die Wahrheit! Es ist nun freilich ein Wunder, daß er seine Erklärung in deutscher Sprache abgegeben hat. Bekanntlich existiert auf den Aufschriften der ungarischen Postkarten die deutsche Sprache nicht als Verkehrs-sprache.“

Kl. Köpfler

